

Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE- wies zunächst auf die Korrespondenz zwischen der Stadt Bonn dem Rhein-Sieg-Kreis hin: Im Februar 2012 sei ein Brief vom RSK an die Stadt Bonn unbeantwortet geblieben, gleichzeitig wurde zumindest die Verknüpfung mit der Umwandlung der SSB von einer GmbH in eine OHG hier erwähnt, was nach seiner Einschätzung eher finanzielle Auswirkungen hätte und letztendlich in eine Gesamtpaket-Diskussion zwischen dem Landrat, dem Oberbürgermeister und ggf. sonstigen Beteiligten einließen werde.

Herr **Jaeger** –Planungsdezernent RSK- wies zunächst auf redaktionelle Fehler im Abdruck zur Einladung auf Seite 1 Ziffer 2 hin, richtig sei hier „SSB OHG in eine GmbH“. In der Sache sei inzwischen eine Zwischennachricht von der Stadt Bonn bei ihm eingegangen, dass der Entscheidungsprozess noch nicht abgeschlossen sei.

Herr Abg. **Metz** –GRÜNE- führte daraufhin aus, dass zumindest in der Vorlage des Kreises dies ein offener Punkt sei, der dem Abschluss der Regelung entgegensteht. Die Frage nach OHG oder GmbH sei auch seiner Einschätzung nach eher weniger eine planungs- und verkehrspolitische Sache als vielmehr eine finanzpolitische Sache. Nach deren Klärung sollten aber alle Hindernisse ausgeräumt sein, insbesondere sollte die Frage, ob Pünktlichkeit nun 3 oder 4 Minuten bedeute, nebensächlich sein.

Auf den Einwurf von Herrn **Jaeger** –Planungsdezernent RSK-, dass die Frage der Pünktlichkeit eine politische sei, konterte der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE-, dass er sich an keinen derartigen Beschluss erinnern könne.

Daraufhin bat Herr **Metz** –GRÜNE- die beiden Verwaltungen um eine Entscheidungsvorlage, die dann zur Beratung in die nächste Sitzung kommen könne.

Dies sagte Herr **Jaeger** –Planungsdezernent RSK- zu.

Herr Abg. **Krauß** –CDU- stimmte hierbei Herrn Abg. **Metz** –GRÜNE- ausdrücklich zu und unterstrich die Bedeutung der Taktverdichtung über die Linie 66 hinaus hin.

Abschließend thematisierten der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE- sowie Herr Abg. **Steiner** –GRÜNE- den Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf des RSVG und SWB hinsichtlich der Fahrkartenkontrolle, die jeweils im Gebiet der anderen Gebietskörperschaft vorgenommen würden (Zwang zum Vordereinstieg in den Bussen *ja oder nein*).